Sachsen-Anhalt/Bayern

Sicherheit braucht Datenaustausch

[19.02.2025] Die Länder Sachsen-Anhalt und Bayern haben im Bundesrat einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem sie den Bund auffordern, für die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern eine gemeinsame Datenplattform aufzubauen.

Nach dem Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt und dem Messerangriff in Aschaffenburg sowie weiterer ähnlicher Straftaten haben die Länder Sachsen-Anhalt und Bayern einen gemeinsamen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht. Ziel ist es laut einer Meldung aus Magdeburg, den Bund zu bitten, den Aufbau einer gemeinsamen Datenplattform der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern voranzutreiben. „Es ist wichtig, dass der Datenaustausch zwischen den Behörden des Bundes und der Länder verbessert wird, horizontal wie vertikal. Zukünftig müssen vorliegende Informationen ebenen- und fachübergreifend besser zusammengeführt werden können, um eine effektive und fundierte Gefährdungsbewertung und schnelles staatliches Handeln zu ermöglichen“, sagte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff im Bundesrat.

Die derzeitige heterogene IT-Landschaft entspreche nicht mehr den aktuellen Anforderungen, betonte Haseloff. Die Bundesregierung müsse sich der drängenden Verantwortung für die umgehende Evaluierung und Optimierung der aktuellen Sicherheitsarchitektur stellen und zügig handeln. Nur so könnten entsetzliche Gewalttaten wie die in Magdeburg und Aschaffenburg künftig besser abgewendet und vermieden werden. Dazu müsse eine gemeinsame moderne und einheitliche Informationsarchitektur geschaffen werden. Mit dem nun vorliegenden Entschließungsantrag sollten die Länder ein Signal in Richtung Bundesregierung setzen, um alle erforderlichen und notwendigen Maßnahmen für eine zeitgemäße Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zu ergreifen, so der Ministerpräsident.

(sib)

• Antrag der Länder Sachsen-Anhalt und Bayern

Stichwörter: Innere Sicherheit, Bayern, Datenplattform, Sachsen-Anhalt